

# Editorial

## Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

das Jahr 2026 starten die Südosteuropa Mitteilungen mit einer Doppelausgabe. Das hat einen Grund, denn wir haben einen facettenreichen (und damit auch umfangreichen) Themenschwerpunkt im Heft, welcher die Rolle der Türkei auf dem Balkan beleuchtet. Wir hätten uns gewünscht, dieses Heft in einer friedlicheren Weltlage publizieren zu können, als es Ende 2025 möglich war. Leider ist mit dem amerikanisch-israelischen Krieg gegen den Iran ein weiterer Flächenbrand ausgelöst worden, der mit der Türkei und Zypern auch schon zwei Länder in Südosteuropa erreicht hat. Die Lage der Länder in Südosteuropa ist darüber hinaus zwar insgesamt friedlich, aber teils von innenpolitischer Instabilität geprägt. So muss Kosovo voraussichtlich das dritte Mal seit Beginn des Jahres 2025 wählen, und in Bulgarien hat sich ebenfalls nach der letzten Wahl keine Regierung bilden können, so dass auch hier Neuwahlen anstehen. In Ungarn wird mit Spannung auf die Parlamentswahlen im April geblickt, denn die Opposition liegt in Umfragen vor der regierenden Fidesz-Partei. Zur politischen Lage in Ungarn finden sie im hinteren Teil des Hefts einen Bericht, denn sie war Thema des Symposiums des Wissenschaftlichen Beirats der SOG 2026. In der Türkei hat im März der Prozess gegen den CHP-Politiker und abgesetzten Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu begonnen. Die politische Einschätzung ist, dass Präsident Recep Tayyip Erdoğan um seine Macht fürchtet und deshalb ein Exempel an dem sehr beliebten Konkurrenten statuieren will.

Wie sich der Einfluss der Türkei in Südosteuropa und dort vor allem auf dem Westbalkan gestaltet, stellt der Themenschwerpunkt in dieser Ausgabe dar, der von Kerem Öktem und Lura Pollozhani koordiniert wurde, denen wir an dieser Stelle herzlich dafür danken möchten. Zu den einzelnen Beiträgen schreiben sie sinngemäß: „Eine historisch fundierte Analyse des Moscheebaus eröffnet den Schwerpunkt mit Nathalie Clayers Neubetrachtung des Albaniens der Zwischenkriegszeit. Der Artikel zeigt, wie Moscheen in Albanien eher aus langwierigen und sorgfältigen Verhandlungen über innenpolitische und geopolitische Belange als aus einzelnen politischen Absichten oder aktiven Entscheidungen entstanden sind. Der Bau von Großmoscheen im westlichen Balkan wird in Kerem Öktems Beitrag analysiert, der auf Clayers analytischen Vorschlägen aufbaut. Öktem argumentiert, dass der Bau monumentaler Moscheen teilweise durch den Begriff der ‚restaurativen Nostalgie‘ und den Versuch, eine imaginäre imperiale Geografie zu konkretisieren, verstanden werden kann. Das konzeptionelle Vokabular des Neo-Osmanismus wird von Elif Becan hinterfragt. Sie stellt die Reise der ‚Söhne der Eroberer‘ von Balkan-Einwanderern in die Türkei auf der Suche nach Anerkennung in den 1950er und 1960er Jahren bis hin zum vorherrschenden islamistischen, nationalistischen, geschlechtsspezifischen und chauvinistischen neoimperialistischen Habitus in der heutigen Türkei in einen historischen Zusammenhang. Chiara Maritato untersucht die globale Expansion der Diyanet, der türkischen Direktion für religiöse Angelegenheiten, die eine zentrale Rolle bei der Ausweitung religiöser Dienste und Institutionen mit Sitz in der Türkei spielt. Erdi Öztürk präsentiert ein Konzept für Religion als ein politisches Instrument. Durch die Hervorhebung der institutionellen Glaubwürdigkeit und der Vermittlung durch lokale Eliten schlägt er eine Brücke zwischen der Theorie

der internationalen Beziehungen und der Untersuchung staatlich gelenkter Religion. Erinnerungspolitik und türkische Interventionen auf lokaler Ebene stehen im Mittelpunkt von Amir Duranovičs Analyse des Wiederaufbaus von Moscheen in Bosnien und Herzegowina. Er begreift diesen als Form der Kulturdiplomatie und unterstreicht die Ambivalenz infrastruktureller Interventionen in Nachkriegssituationen, indem er die zweideutige Beteiligung türkischer Beamter an der Neugestaltung der bosnischen Geschichte hervorhebt. Die Grenzen des türkischen Einflusses erforscht László Szerencsés in seiner Analyse der beiden parallel existierenden muslimischen Gemeinschaften in Serbien, von denen die eine vom serbischen Staat und der Türkei unterstützt wird, während die andere in enger institutioneller Verbindung mit der bosnischen Islamischen Gemeinschaft Rijaset und bosnischen Diaspora-Organisationen steht. Er beschreibt die Widerstandsfähigkeit lokaler Institutionen und die Grenzen der Macht der Türkei unter konkreten lokalen Bedingungen. In der abschließenden Analyse des Schwerpunkts rückt Lura Pollozhani die sich wandelnde Rolle der Türkei in der Region SOE in den Vordergrund. Sie argumentiert, dass sich das Engagement der Türkei zunehmend von religiöser Soft Power zu einer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partnerschaft gewandelt hat, wobei die Annäherung an einige Staatsoberhäupter der Region vor allem durch gemeinsame illiberale Regierungsstile, autoritäre Affinitätsnetzwerke und geopolitische Neupositionierungen geprägt ist.“

Außerhalb des Themenschwerpunkts schreiben Susanne Sophia Spiliotis und Dietmar Müller über Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in Südosteuropa. Spiliotis bezeichnet den Antisemitismus in Griechenland als eine „Geschichte der Ausblendungen“. Bis heute sei der Antisemitismus tief in der griechischen Gesellschaft verankert. Dietmar Müller untersucht, warum im 19. und 20. Jahrhundert, als sich die rumänische und serbische Nation herausbildeten, die jüdische und muslimische Bevölkerung als unzivilisiert und als ein Hindernis beim Aufbau eines erträumten ethnisch homogenen Nationalstaats angesehen wurden. Dazu passt auch der letzte Aufsatz im Heft. Die gegenwärtige Migrationspolitik in Europa spiegelt vielerorts die Angst vor Überfremdung wider. Moritz Rau von Nobbe untersucht dieses Phänomen in der Republik Zypern, die im Januar 2026 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernahm. „Eines der Ziele Zyperns ist es, sich als starker Partner bei der Verschärfung der europäischen Migrationspolitik zu präsentieren“, schreibt Rau von Nobbe und führt dies auf das Bestreben Zyperns zurück, Mitglied im Schengen-Raum zu werden.

Zum Schluss ein Hinweis in eigener Sache: Wir freuen uns sehr, dass uns immer öfter Beiträge zur Publikation angeboten werden und verstehen dies als Anerkennung und Wertschätzung der SOM. Damit wir möglichst viele der eingereichten Beiträge abdrucken können und der Heftumfang in Zeiten knapper Kassen dennoch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der SOG bleibt, haben wir mit Beginn 2026 unsere neuen Richtlinien hinsichtlich des Textumfangs geändert und auch unser Fußnotensystem umgestellt. Sie finden die neuen Richtlinien unter „Publikationen“ auf unserer Website.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

*Ihr Redaktionsteam*  
*Christian Hagemann*

*Viktoria Voglsinger-Palm*

*Stephani Streloke*

**HINWEIS / Richtigstellung**

In Heft 06 / 2025 haben wir im Editorial auf S. 4 Kosovo fälschlich als ehemals „autonome Republik“ innerhalb Jugoslawiens bezeichnet. Es muss ehemals „autonome Provinz“ heißen. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.